Kurzlöhne gezahlt wurden, erhob sich ein Proteststurm und viele Protestdemonstrationen und kurze Arbeitsniederlegungen waren der Ausdruck der Empörung. Am letzten Zahltag, wo wiederum die **Hundelöhne gezahlt** wurden, verlangten die Eisenbahner **stürmisch Betriebsversammlungen.** War diese Protestbewegung **am vorletzten** Zahltag auf 3—4 Dienststellen beschränkt, so war am letzten Freitag und Sonnabend diese Bewegung auf das **Doppelte der Dienststellen ausgedehnt.**

Diese wuchtigen Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit wurden zu einer **scharfen Anklage** gegen die herrschende unfähige Gesellschaftsordnung. In all diesen Versammlungen **wurden die Forderungen der Eisenbahner festgelegt und Delegationen gewählt,** die beim Reichsbahndirektionspräsidenten und beim Bezirksbetriebsrat vorstellig werden sollten. Am Sonnabend führten diese Kommissionen ihren von den Belegschaften gegebenen Auftrag durch. Annähernd 40 Eisenbahner wurden erst beim Bezirksbetriebsrat vorstellig.

(Die Entschließungen mit den Forderungen der Eisenbahner veröffentlichen wir an anderer Stelle.)

Dieser reformistische Bezirksbetriebsrat war ganz verdattert, er wurde aus seiner „süßen Ruhe" durch die Proleten aufgescheucht. Die Kommissionen verlangten, daß der Bezirksbetriebsrat sofort mit zum Präsidenten gehen solle.

Der Präsident wurde telefonisch von dem Willen der Eisenbahner verständigt, er wollte aber **nur mit den Vorsitzenden Zauske allein verhandeln** und die Kommission nicht empfangen. Nach der einmütigen Forderung aller Anwesenden, RGO-, EdE- und unorganisierte Kollegen, fand dann doch eine Verhandlung unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Kommissionen von den einzelnen Dienststellen statt. Vertreten waren die Bahnmeistereien 1, 2 und 3, die Räumungstrupps 1, 3, Cotta und Großenhain, sowie Güterabfertigung Dresden-Altstadt.

Der Präsident der Reichsbahndirektion Dresden verhandelte am Sonnabend, um 11 Uhr mit den Vertretern der verschiedenen Kommissionen, welche als **Delegation** vorstellig wurden, über **ihre Forderungen. Bei dieser Verhandlung waren zugegen der Präsident Dr. Domsch und Reichsbahnoberrat Dr. Müller, dann die Delegationsvertreter und die Vertreter des Bezirksbetriebsrates.** Der Präsident **erklärte, daß er den Standpunkt der** Delegation bereits entgegengenommen hat und daß er das Demonstrationsgefühl von sich aus „verstehen kann". Er kann aber **keine Aenderung** schaffen, **das kann nur die Hauptverwaltung** in Berlin tun. Der Präsident **erklärte, daß er am 22. Januar** mit dem Bezirksbetriebsratsvorsitzenden **Zauske** verhandelt hat und den Verhandlungsbericht nach Berlin geschickt habe.

Nunmehr ergriffen die Vertreter der einzelnen Dienststellen das Wort. Kollege Barth, Betriebsratsvorsitzender der Güterabfertigung Altstadt erklärte dem Präsidenten, **daß die Notverordnung** ja noch nicht einmal besage, einen solchen Lohnabbau **durchzuführen, da durch die Feierschichten ja schon eine große** Lohneinbuße eingetreten sei.

Darauf erklärte der Präsident Dr. Domsch, es sei ihm unmöglich, von sich aus die Feierschichten abzusetzen, auch seien **2000 Arbeiter im Bezirk zuviel vorhanden.** Eine Aenderung könne wiederum nur Berlin herbeiführen. Der Kollege Barth ergriff wiederum das Wort und stellte die Fragen **der Einsparung an Teno, Werksport, Panzerzügen, Leistungszulagen, Prämien** usw. Darauf erklärte der Präsident, daran könne er nichts ändern, daß sei alles eine Angelegenheit der Hauptverwaltung. Nunmehr ergriff das Wort der Betriebsratsvorsitzende Lindner und schilderte die katastrophale Lage der unteren Schichten der Eisenbahner und unterstrich besonders, daß sich die Reichsbahn klar sein müsse, daß **für einen dreckigen Lohn auch nur eine dreckige Arbeit geleistet werden könne.** Der Präsident flüchtete sich wieder hinter die Redensart, daß er die Lage der Arbeiter verstehen könne. Hier fiel ihm der Kollege Lindner ins Wort und erklärte, die Arbeiter verlangen ja gar nicht, daß er sich in unsere Lage versetzen soll, denn das könne er doch absolut nicht, **er lebe ja in einer ganz anderen Welt.** Die Arbeiter überbrachten nun dem Präsidenten ihre Forderungen, **bekunden aber auch damit ihren Kampfwillen.**

Die Unterredung dauerte 1 Stunde. Zum Schluß erklärte der Reichsbahndirektionspräsident, nachdem er bereits einen Bericht nach Berlin gegeben habe über die Lage, soll nunmehr ein **weiterer Bericht** über diese Verhandlungen mit dem Bezirksbetriebsrat nach Berlin gesandt werden, und die Antwort darauf würde baldigst den Arbeitern mitgeteilt.

Diese Verhandlungen haben bewiesen, daß nur der bewußte Kampfwille und die Herstellung einer **gemeinsamen Front aller Eisenbahner zur Verteidigung ihrer Existenz** und Durchsetzung ihrer Forderungen führen kann. Das müssen auch die Eisenbahner erkennen, die bis jetzt noch geglaubt haben, daß durch diese Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion irgend etwas an ihrer Elendslage geändert werden könnte. Diese Aenderung kann nur durch die Arbeiter selbst herbeigeführt werden. Auf einigen Dienststellen hat die Reichsbahndirektion unter dem Druck der Arbeiter eine **Aenderung in den Abzügen** vom Lohn für Darlehnsrückzahlungen, für Kohlenschulden usw. eintreten lassen. Die Abzüge sollen auf 8 Wochen unterbleiben. Das ist aber keine wirksame Hilfe für die Eisenbahner.

Schamlos ist das Verhalten der **Gewerkschaftsbürokratie,** die mit der SPD gemeinsam für die Notverordnungen Brünings und damit **für den Lohnabbau,** wie auch **für die Bürgersteuer** gestimmt hat. **Sie haben dieses Hungerdasein für die Eisenbahner und alle anderen Arbeiter mit herbeigeführt.** Und jetzt steht für diese verlumpte Gewerkschaftsbürokratie nur noch die Frage, wie diese Drosselung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft **am besten durchgeführt werden kann.**

Mit einem neuen betrügerischen Manöver versucht die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD die Arbeiter von ihrem Existenzkampf **abzulenken.** Das ist die sogenannte „Eiserne Front" zum angeblichen Kampf gegen den Faschismus. Sie organisieren eine **Rüstwoche** für die „Eiserne Front". Errichten **Rüstkammern** und legen „Eiserne Bücher" zum Eintragen für die **„Eiserne Front"** aus. Die Eisenbahner durchschauen aber dieses Manöver, das nur gemacht wird, um die Arbeiter vom Kampf um Lohn und Brot und gegen den Faschismus abzulenken. Gerade die praktischen Auswirkungen der Politik der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie in der letzten Zeit zeigen **mit aller** Deutlichkeit, **daß** SPD und Gewerkschaftsbürokratie die Hauptstütze der Bourgeoisie bei der Durchführung ihrer **faschistischen Maßnahmen** gegen die Eisenbahner und die gesamte Arbeiterschaft sind.

Die Eisenbahner wollen, wie alle ihre Klassenbrüder, **leben und nicht verhungern.** Jeder Tag und jede Stunde liefert ihnen aber auch die Beweise, daß sie, wenn sie leben wollen, sich **freimachen** müssen von jedem Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie und die rote Einheitsfront unter Führung der KPD und RGO schaffen müssen. Tagtäglich kommen Eisenbahner **in gesteigerter Zahl zur RGO.** Erfreulich sind die Fortschritte — aber es darf **keine Dienststelle** mehr geben, wo nicht die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition einen starken Einfluß besitzt, und die **gemeinsame Kampffront aller Eisenbahner, der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter hergestellt wird.** Nur dann kann die Not und das Elend der Eisenbahner **beseitigt** und ihre Existenz gesichert werden. **Eisenbahner aller Dienststellen, reiht euch ein in die revolutionäre Kampffront, unterstützt die RGO als einzigste Vertreterin der Interessen der Arbeiter.**

15 Jahre Zuchthaus für Antifaschisten

Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe

Die bürgerliche Presse meldet aus Kiel:

Im Prozeß gegen den Kommunisten Weißig wegen Tötung des Nationalsozialisten Martens bei den Unruhen in Neumünster verkündete der Vorsitzende am 23. Januar folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen vollendeten Totschlags in einem Falle und wegen versuchten Totschlags in zwei Fällen in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch zu einer

Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß bei der Strafzumessung die politische Natur der Tat unter keinen Umständen ein Milderungsgrund sein dürfte.

Der Staatsanwalt hatte die **Todesstrafe und wegen versuchten Mordes** je sechs Jahre Zuchthaus verlangt.

Ein Sturmschrei der Empörung wird durch die deutschen Arbeitermassen gehen, wenn sie von dieser ungeheuerlichen Strafe hören. Weißig, der kein Kommunist ist, und wegen seiner abenteuerlichen individuellen Terroranschauungen schon lange vor diesem Zusammenstoß **aus der Partei ausgeschlossen war,** hatte sich durch eine bewußt angelegte Naziprovokation hinreißen lassen, und bei dem auf diese Provokation folgenden Zusammenstoß geschossen. Ein Nazimann wurde dabei getötet, zwei SA-Leute verletzt. Es handelte sich hierbei — wohlgemerkt — **nicht um eine planmäßig vorbereitete Mordaktion,** wie die der Nazis gegen die Kolonie „Felseneck" und unseren ermordeten Genossen Klemke. Es war ein zufälliger Zusammenstoß, der erfolgte, nachdem schon wochenlang die Arbeiter von Neumünster durch die Nazibanden überfallen worden sind.

Wir erheben flammenden Protest gegen dieses Zuchthausurteil. Weißig ist zwar kein Kommunist, aber die faschistische Justiz geht gegen alle revolutionären Arbeiter mit den schärfsten Waffen vor. Millionenfach müssen die Arbeiter ihre Stimme erheben zum Protest gegen diesen Todesstrafantrag! Alle Kräfte eingesetzt für die Vollamnestie aller proletarisch-politischen Gefangenen.

Neue Schreckensurteile

Königsberg, 23. Januar.

Gegen die Arbeiter, die an der Tötung des Nazimannes Tschierse beteiligt waren, wurde heute folgendes Schreckensurteil gefällt: **Woelke wegen Totschlags 15 (!) Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, Sablonski 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Alizeit 3 Jahre Gefängnis, Laskowski wegen Begünstigung 3 Monate Gefängnis.**

Nationalsozialist von Nazis ermordet

Eine neue „Rotmord"-Lüge der Nazipresse geplatzt

Essen, 23. Januar.

Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß der vor einigen Tagen erschossene Nazimann Guse von der SA planmäßig ermordet wurde. **Neun Nazis wurden heute früh** festgenommen, **die an dem Nazi-Fememord — um einen** solchen handelt **es sich wahrscheinlich — beteiligt waren.**

Die Ermordung des Nazimannes Guse wurde selbstverständlich von der Nazipresse **sofort den Kommunisten in die Schuhe geschoben.**

Stürmische Arbeiterproteste gegen Naziaufmarsch

Der Nazi-Aufmarsch in Dresden . Sturmbannerführer erhält von Arbeitern Prügel

Gestern hatten die Nazis zu einem **Aufmarsch der gesamten SA- und SS-Banditen für Groß-Dresden und Umgebung** aufgerufen. Sie hatten es diesmal auf das Arbeiterviertel Striesen abgesehen. Dieser Aufmarsch hat aber auch die Striesener Arbeiter auf die Beine gebracht. **In Sprechchören wurden den SA-Horden revolutionäre Losungen, in denen zur erhöhten Abwehrbereitschaft aller Werktätigen aufgefordert wurde, entgegen**gerufen. Als gegen 10.30 Uhr auf dem Markgraf-Heinrich-Platz die Musik das Lied **„O Deutschland hoch in Ehren!"** anstimmte, **wurde sie von dem Hohngelächter der Arbeiter übertönt.** Das Heilgebrülle der Faschisten ging in stürmischen, lang andauernden Rufen: **„Nieder mit dem Faschismus!"** unter. Die „Begeisterung" der Naziproleten war ob dieses Empfanges der Striesener Arbeiter **recht bald verflogen.**

Als der Landesgaster Standartenführer die Frechheit besaß, einen Arbeiter, aus dem Zuge springend, ins Gesicht zu schlagen, **erhielt er eine tüchtige Abreibung von Arbeiterfäusten.** Der gestrige Aufmarsch der braunen Horden zeigt, daß sie bei den Dresdner Arbeitern **nirgends Fuß fassen können.** Sind sie früher in den anderen Dresdner Arbeitervierteln — wie in der roten Altstadt, im Hecht und in Löbtau — abgewiesen worden, **so nun auch in Striesen.** Herr von Killinger wird sich andere Marschrouten für die Zukunft suchen müssen. Der Empfang, den die Nazis durch die Arbeiter bekamen, zeigt, daß der Wille zum Kampf gegen den Faschismus in der Arbeiterschaft wächst und die **Einheitsfront** unter revolutionärer Führung immer breitere **Kreise erfaßt.**

Nazis provozieren Zusammenstöße

Berlin, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntagmorgen kurz vor 8 Uhr kam es in Berlin-Moabit zu einem **Zusammenstoß zwischen einer Gruppe von Nationalsozialisten und Arbeitern.** Die Nazis, die Flugblätter verteilten, beschimpften mehrere Arbeiter und bedrohten sie **tätlich.** Als sich die angegriffenen Arbeiter zur Wehr setzten, **kam es zu einem Handgemenge,** in dessen Verlauf der 16jährige Herbert Norkus aus Berlin-Plötzensee, der zu den Flugblattverteilern gehörte, **schwer verletzt wurde.** Er wurde in das Moabiter Krankenhaus eingeliefert, wo er kurz danach verstarb.

Versammlung polizeilich aufgelöst

Berlin, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Rote Studentengruppe veranstaltete am Sonntagnachmittag in den Musiksälen in Berlin **eine Protestversammlung gegen den faschistischen Terror auf der Berliner Universität. Die Polizei löste kurz nach Beginn die Versammlung auf mit der Begründung, daß „Spieltruppen"** aufgetreten seien.

Streik der Pflichtarbeiter in Trebsen

In Trebsen an der Mulde sind Erwerbslose, die zur Pflichtarbeit kommandiert wurden, in den Streik getreten. Man forderte von ihnen, daß sie eine durch Hochwasser zerstörte Straße ohne Bezahlung wieder herstellen sollten. Das lehnten die Erwerbslosen ab und traten an der Baustelle in passive Resistenz. Als die Gemeinde sich weigerte, die Forderung auf tarifmäßige Bezahlung zu erfüllen, wurde der Streik proklamiert. Die Gemeinde droht, daß jedem Erwerbslosen, der sich weigert, die Arbeit zu leisten, für jede versäumte Stunde 50 Pfennig von der Unterstützung gekürzt werde.

Es wurde ein Ortskomitee der RGO gegründet, dem sofort 16 Erwerbslose beitraten.

Kampfprogramm der Werdauer Textiler gegen Lohnabbau und Bürgersteuer

Die Belegschaft der Firma Kahnes hat am 19. Januar in drei Schichtversammlungen **gegen Lohnabbau und Entlassungen** Stellung genommen. Bei einer Stimmenthaltung hat die Gesamtbelegschaft **in allen drei Versammlungen ein Kampfprogramm angenommen, das sie auch durchzusetzen gewillt ist.**

Die Textiler von Kahnes sind sich von vornherein darüber klar, daß ihre Forderungen **nur im Kampf gegen den Unternehmer** erreicht werden können und darum wählten die Belegschaftsversammlungen einen Kampfausschuß, der beauftragt wurde, das Kampfprogramm dem Unternehmer zu übergeben.

Das stützt die SPD . . .

Sächsischer Innenminister für Duelle und Mensuren

Der Dresdner Waffenring, das Kartell der reaktionärsten waffentragenden Studentenverbände, gab vor kurzem einen Kommers zu Ehren der Reichsgründung. Auf diesem Palaver der faschistischen Hochschulstoßtrupps hielt der sächs. Innenminister unter dem Beifall der Nazischläger eine Rede, die den Höhegrad der Kulturreaktion unter dem Schieckregime deutlich kennzeichnet. Er erklärte dabei, daß

„die Schlägermensuren mindestens die gleiche Berechtigung wie jede andere Sportart

zu beanspruchen hätten. Aber damit nicht genug — er feierte geradezu die üble, heute zu einer Kulturschande gewordene Duellideologie, indem er betonte:

„Diese Waffenerziehung verpflichtet zudem den jungen Studenten, selbst für seine Worte und Taten einzustehen."

Es bedarf kaum eines Hinweises vor Arbeitern, was hinter den moralischen Phrasen zur Verteidigung der Mensur steckt. **Verherrlichung des erzreaktionären Duellbegriffs,** der ja untrennbar mit dem Mensur- — richtiger Schlägerei- — Studententum verbunden ist. Dieses Studentenkorps soll und wird zu einer erstklassigen Schlägergarde der herrschenden Klasse ausgebildet — gegen wen, das wissen die Arbeiter zur Genüge!

Und die Schieckregierung verherrlicht durch ihren Vertreter diese Reaktionskolonne . . . Das sind die Schößlinge der Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie, die Schieck stützt, um den Faschismus zu „bekämpfen". Der aber feiert seine Feste unter Assistenz derselben Regierung, die die SPD als „Schutzwall" den Arbeitern zu präsentieren wagt.

Die Arbeiterschaft wird jetzt erst recht die proletarischen revolutionären Studenten in ihrem erbitterten Kampf gegen die Schläger unterstützen. Im Kampf um den roten Volksentscheid gegen das Schieckregime wird der proletarische Student Schulter an Schulter mit dem Arbeiter dem Reaktionsblock vom Arzt bis Richter und den Nazischlägern des Mensurstudententums entgegentreten!

Säumige Ortsgruppen!

Bis zum 10. eines jeden Monats sollen alle Ortsgruppen mit der Bezirkskasse für den vorausgegangenen Monat abgerechnet haben. Sollen! Wie steht es in der Praxis? Wenn diese Zeilen in Druck gehen, zählen wir den 23. Januar. Es stehen noch folgende Ortsgruppen aus, die den Dezember noch nicht abgerechnet haben. Diese sind:

UB Freiberg:

Bis mit November haben abgerechnet: Eppendorf, [illegible]dorf, Oederan, Seiffen-H., Colmnitz, Reitzenhain.

Bis mit Okt. haben abgerechnet: Olbernhau, [illegible]

Weiter rückständig sind: Großhartmannsdorf bis mit [illegible], Niederlauterstein bis mit Juli, Siebenlehn bis mit [illegible]

UB Dresden:

Bis mit November haben abgerechnet: Gottleuba, [illegible]dorf, Königstein, Neustadt, Pesterwitz, Radebeul, [illegible]berg, Rugiswalde, Scharfenberg, Schmiedeberg, [illegible] Weinböhla, Hohnstein, Zschachwitz, Cunnersdorf, Kleinkarsdorf, Seidnitz, Porschdorf, Börnchen.

Bis mit Oktober haben abgerechnet: [illegible], Hermsdorf b. R., Klotzsche, Lichtenstein, Ottendorf [illegible], Sebnitz, Kreischa, Kettewitz.

Bis mit September haben abgerechnet: [illegible]lich M.

Bis mit August haben abgerechnet: Bretnig, [illegible]dorf, Wilsdruff, Volkersdorf.

Bis mit Juli haben abgerechnet: Obernaundorf, [illegible]dorf, Moritzburg, Dürrröhrsdorf.

UB Bautzen:

Bis mit November haben abgerechnet: Friedersdorf, [illegible], Saritsch, Lückendorf, Pethau, Rammenau, [illegible]dorf, Sohland, Großdöbschütz, Leutersdorf.

Bis mit Oktober haben abgerechnet: Bautzen, [illegible]

Bis mit September haben abgerechnet: Neibersdorf, [illegible]

Weiter rückständig sind: Eibau bis mit August, [illegible]dorf bis mit Februar, Göda bis mit August.

Alle Leitungen der obengenannten Ortsgruppen haben die Pflicht, sofort dafür zu sorgen, daß die Abrechnung an die Bezirkskasse heute noch erfolgt.